



Wahlprüfsteine der LSV Hessen zur Landtagswahl am 18.01.09

Zu den Antworten der CDU: Da einige Antworten der CDU teilweise den vorgegebenen maximalen Rahmen der Zeichen erheblich überschritten, befinden sich diese noch in der Bearbeitung und werden im Laufe der nächsten Tage ergänzt. Wir bitten dies zu berücksichtigen

1) Wie beurteilt Ihre Partei die Ergebnisse der neuesten PISA-Studie insgesamt und wie im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit im deutschen Schulsystem? Wie steht Ihre Partei zu einer grundlegenden Reform des hessischen Schulsystems?

SPD: Die Ergebnisse der PISA-Studie zeigen, dass insbesondere in Hessen der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg besonders hoch ist. Außerdem stagniert Hessen im unteren Mittelfeld der Bundesländer. Insbesondere Länder mit einem zersplitterten Bildungssystem schneiden schlechter ab. Die Hessische SPD will deshalb ein Schulsystem mit längerem gemeinsamem Lernen in der Mittelstufe fördern, um mehr Chancengleichheit und ein höheres Leistungsniveau zu erreichen.

FDP: Die PISA-Ergebnisse haben gezeigt, dass die CDU-Schulpolitik zu einem Stillstand an den hessischen Schulen geführt hat. Für die FDP ist es nicht hinnehmbar, dass der Bildungserfolg in Deutschland nach wie vor stark von der sozialen Herkunft abhängt. Dem wollen die Liberalen entgegen treten, indem an den Schulen eine

stärker individuelle Förderung eingeführt wird durch mehr Personal, mehr Ganztags-
schulen und –angebote und durch ein verpflichtendes Vorschuljahr, das gleiche
Startchancen zu Schulbeginn für alle Kinder herstellen soll. Eine grundlegende Re-
form des hessischen Schulsystems lehnt die FDP ab, sie würde nur weitere Unruhe
an die Schulen bringen.

Grüne: Es bleibt noch viel zu tun, um die Potenziale aller Kinder zu entwickeln. Durch
individuelle Förderung von Anfang an wollen wir die hohe Abhängigkeit des Schuler-
folgs von der sozialen Herkunft verringern. Wir werden das längere gemeinsame
Lernen gemäß unserem Konzept für eine Neue Schule ermöglichen. Die Bedingun-
gen für die anderen Schulen werden wir nicht verschlechtern und auch dort eine
bessere individuelle Förderung ermöglichen. Wir setzen auf Schulreformen von unten
statt auf Zwangsbeglückungen aus Wiesbaden.

Die Linke: PISA wie IGLU haben in den letzten Jahren aus Sicht der LINKEN auf
grundsätzliche Probleme des deutschen Bildungssystems aufmerksam gemacht.
Insbesondere haben die Ergebnisse der Studien eine erschreckend enge Kopplung
zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft belegt. Gute Bildung gibt es nur für
die, die aus einem reichen Elternhaus kommen. Kinder aus finanzschwachen Schich-
ten bleiben dagegen meist auf der Strecke. Deshalb fordert DIE LINKE schon länger
eine grundlegende Schulstrukturreform. Nur wenn Kinder und Jugendliche in einer
Gemeinschaftsschule länger gemeinsam lernen, können wir das Prinzip der Auslese
endlich durch das Prinzip gezielter individueller Förderung ablösen.

2) Wie beurteilt Ihre Partei die Verkürzung der Gymnasialzeit? Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

SPD: Die Verkürzung der Gymnasialzeit in der Mittelstufe war und ist falsch. Die Be-
lastung der Schüler und Schülerinnen in der Mittelstufe ist zu hoch, verhindert nach-
haltiges Lernen und zerstört Motivation. Außerdem wurde die Durchlässigkeit des
Schulsystems faktisch abgeschafft.

FDP: Die FDP hält die Verkürzung der Gymnasialzeit grundsätzlich für einen richtigen Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Schülerinnen und Schüler im nationalen und internationalen Vergleich sicherzustellen. Allerdings muss die Schulzeitverkürzung so ausgestaltet werden, dass sie für Schüler besser zu bewältigen ist. Deswegen setzt die FDP auf eine weitergehende Überarbeitung der Lehrpläne. Unser Ziel ist es, dass die Lerninhalte bis maximal 70 % der Unterrichtszeit vorgegeben werden, damit für Schüler und Lehrer mehr Zeit für die Vertiefung des Stoffes bleibt. Durch mehr Personal an den Schulen und durch den Ausbau des Ganztagsbetriebs sollen auch die Rahmenbedingungen für G8 verbessert werden.

Die Linke: DIE LINKE lehnt das Projekt „G8“ ab. Wir treten für ein möglichst langes, gemeinschaftliches Lernen der Kinder ein und favorisieren die Gemeinschaftsschule bis zur Klassenstufe 10.

3) Wie beurteilt ihre Partei die bereits beschlossenen Veränderungen an der Schulzeitverkürzung G8? Was würde sie noch weiterführend ändern?

SPD: Die beschlossenen Veränderungen sind teilweise nur Schönheitsreparaturen. Sie sind insgesamt ungeeignet, um den Konstruktionsfehler von G8 zu beheben. Die SPD schlägt eine individuelle Schulzeitverkürzung vor, die sich am einzelnen Schüler orientiert. Nach einer flexiblen Schuleingangsphase in der Grundschule soll eine sechsjährige Mittelstufe für alle folgen. Eine Verkürzung soll in einer reformierten Oberstufe möglich sein, die das Abitur nach zwei, drei oder auch vier Jahren ermöglicht.

FDP: Die Veränderungen bei G8 wurden auf Drängen der FDP vorgenommen. Wir halten sie für einen ersten richtigen Schritt, dem eine weitere, konsequente Überarbeitung der Lehrpläne folgen muss. Auf Initiative der FDP wurde die Wahlfreiheit für Kooperative Gesamtschulen zwischen G8 und G9 eingeführt. Diese halten wir für

sinnvoll und notwendig, um eine Alternative zu G8 zu erhalten und um ein gymnasiales Angebot im ländlichen Raum erhalten zu können. Die Wahlfreiheit für Kooperative Gesamtschulen wird die FDP weiterhin sicherstellen.

Grüne: (Antwort auf die Fragen 2 & 3) Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe (G8) durch die CDU-Landesregierung hat für die Schülerinnen und Schüler und deren Familien zu erheblichen Belastungen geführt. Es ist ein erster Erfolg, dass auf Grundlage von Vorschlägen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Rahmenbedingungen von G8 verbessert werden konnten. Den begonnenen Weg, die maximale Schülerzahl am Gymnasium zu senken (Abschaffung der so genannten Sternchen-Regelung), werden wir schrittweise fortsetzen und im Dialog mit den an Schule Beteiligten weitere kurzfristig wirksame Entlastungen auf den Weg bringen. Es muss aber auch über grundsätzliche Weichenstellungen sorgfältig nachgedacht und diskutiert werden. Wir wollen ein Konzept prüfen, das es ermöglicht, nach einer sechsjährigen Sekundarstufe I die Oberstufe in zwei oder drei Jahren zu durchlaufen.

Die Linke: Die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges (G8) überfordert viele Kinder und Eltern. Der ausgelöste Stress und die Belastungen reichen weit bis in die Familien hinein. Freizeit findet kaum noch statt. Die bereits vorhandene soziale Auslese des hessischen Schulsystems ist hierdurch noch verschärft worden: Der erhöhte Leistungsdruck steigert die Bedeutung des Vorwissens, welches die Kinder und Jugendlichen »von zu Hause« mitbringen, immens. Kinder, deren Elternhäuser ihnen bei den Hausaufgaben keine ausreichende Hilfe geben (oder bezahlen) können, sind den an sie gestellten Anforderungen kaum mehr gewachsen. Wir sind der Meinung: Gute Bildung braucht Zeit und setzen uns daher generell für eine Rückkehr zu „G9“ ein.

4) Garantiert ihre Partei, dass sie die Wiedereinführung von Studiengebühren jeglicher Art auf keinen Fall mit trägt?

SPD: Ja!

FDP: Die FDP lehnt pauschale Gebührenmodelle für die hessischen Hochschulen ab. Wir wollen langfristig den Hochschulen im Zuge von mehr Autonomie jedoch die Option geben, in ihren Gremien zu entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Gebühren erheben.

Grüne: Wir haben Allgemeine Studiengebühren und auch Langzeitstudiengebühren abgeschafft. Seit diesem Wintersemester können junge Menschen in Hessen wieder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren. Die Verbesserung der Studienbedingungen haben wir dabei gesichert. Darauf sind wir stolz und wir stehen dafür, dass das so bleibt. Wer sicher sein will, dass es nicht wieder zur Einführung von Studiengebühren in Hessen kommt, der ist bei den GRÜNEN am Besten aufgehoben.

Die Linke: DIE LINKE lehnt Studiengebühren in jeglicher Form ab und wird dies auch weiterhin tun.

5) In den vergangenen fünf Jahren kam es in Hessen vermehrt – vor allem im ländlichen Raum – zu Schulzweigschließungen. Wie beurteilt Ihre Partei diese Entwicklungen und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus, inwiefern hat ihre Partei dem ganzen bereits entgegen gewirkt?

SPD: Die demografische Entwicklung ermöglicht neue Lösungen in der Region. Diese müssen vom Schulträger mit den Schulen und Eltern gemeinsam entwickelt werden. Die SPD hat deshalb die Schulpolitik mit dem Rechenschieber abgelehnt. Auf unsere Initiative wurde die Richtwerteregelung aus dem Schulgesetz gestrichen.

FDP: Die FDP hat als bislang einzige Partei Regionalkonferenzen gefordert, in deren Rahmen unter Mitwirkung aller an Schule Beteiligten ein vielfältiges und zugleich effektives Schulangebot gemäß dem Bedarf vor Ort sichergestellt werden soll.

Grüne: Wir wollen kreative Lösungen zum Umgang mit rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen statt Schulschließungen. Die bürokratischen, von der CDU eingeführten Richtwerte haben wir abgeschafft. Alternativen zu starren Richtgrößen und Schulzweigschließungen sind jahrgangsübergreifender Unterricht und schulformübergreifende Bildungsangebote. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ ist uns wichtig. In allen Regionen muss ein wohnortnahes Schulangebot sichergestellt werden.

Die Linke: Die Schließung von Schulzweigen hat vor allem zur Folge, dass Klassengrößen überschritten werden müssen, um die SchülerInnen „unterzubringen“ und dass vor allem im Bereich der Grundschulen längere und weitere Schulwege für SchülerInnen anfallen. Die Schließung ist nichts als ein weiteres Sparprogramm der hessischen Regierung und der einzelnen Kommunen. Wir, DIE LINKE, werden in Bildung investieren.

6) Ist Ihre Partei bereit, die Einschränkungen bei Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe abzuschaffen oder zu mindern?

SPD: Ja, unser Modell einer flexiblen Oberstufe, die sich an individuellen Lernzeiten orientiert, schließt auch eine Reform ein, die zusätzliche Wahlmöglichkeiten und Fächerkombinationen ermöglicht.

FDP: Mit der Reform der gymnasialen Oberstufe im Jahr 2001 wurde die Qualität des hessischen Abiturs erhöht und die Vergleichbarkeit der Abiturleistungen gestärkt und gleichzeitig die Wahlmöglichkeiten für ein Abitur nach Neigung und Begabung beibehalten. Daran will die FDP nichts ändern.

Grüne: Wir wollen die Wahlfreiheit für ein breiteres Fächerspektrum gewährleisten, um den unterschiedlichen Begabungen und Interessen der Oberstufenschülerinnen und -schüler besser gerecht zu werden. Wer Freiräume bei der Fächerwahl hat, ist motivierter und kann seine Fähigkeiten anders entwickeln. Auch wenn durch die Kultusministerkonferenz gewisse Festlegungen getroffen wurden, die den Handlungsspielraum der Länder begrenzen, gibt es Spielräume, die auch in Hessen genutzt werden sollten.

Die Linke: Ja. DIE LINKE sieht in der individuellen Kurswahl wichtige Entfaltungsmöglichkeiten für die Interessen der einzelnen SchülerInnen. Die Einführung der Belegungsleisten hat nur den Effekt der Aussiebung von SchülerInnen in der 11. und 12. Klasse zur Folge gehabt.

7) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres, einem kostenfreien letzten Kindergartenjahr sowie einer so genannten Schuleingangsstufe?

CDU: Das verpflichtende Vorschuljahr ist ein Modell, das sicherlich kritisch geprüft und auf seine Realisierbarkeit hin untersucht werden müsste. Zwang stehen wir allerdings auch in diesem Zusammenhang skeptisch gegenüber.

Die von uns bereits begonnene schrittweise Befreiung der Eltern von sämtlichen Kindergartengebühren werden wir weiter umsetzen, denn sie schafft finanzielle Spielräume für Familien dort, wo sie dringend gebraucht werden.

Wir stehen zu der Schuleingangsstufe, wie sie im Hessischen Schulgesetz vorgesehen ist und von vielen Schulen bereits genutzt wird.

SPD: Die SPD will ein flächendeckendes verpflichtendes Kindergartenjahr, um alle Kinder vor dem Besuch der Grundschule zu erreichen. Der Kindergartenbesuch muss mittelfristig für alle Kinder kostenfrei sein. Wir wollen eine flächendeckende flexible Eingangsstufe an der Grundschule einrichten, um Kinder individuell und ihren Stärken und Schwächen entsprechend zu fördern.

FDP: Die FDP setzt sich für ein verpflichtendes Vorschuljahr in Form einer „Kinderschule“ für alle fünfjährigen Kinder ein. Dieses verpflichtende Vorschuljahr soll in Landeszuständigkeit eingerichtet werden und ist somit für Eltern kostenfrei.

Grüne: Wir wollen kein verpflichtendes Vorschuljahr, empfehlen aber den Besuch einer Kindertagesstätte ab dem ersten Kindergartenjahr und wollen den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule verbessern. Grundsätzlich sprechen wir uns für kostenfreie Betreuungsangebote aus, geben aber der Schaffung einer ausreichenden Zahl von Plätzen zunächst Vorrang vor der Ausdehnung der Kostenfreiheit. In der Grundschule wollen wir unterschiedliche Startchancen besser ausgleichen. Dazu wollen wir die 1. und 2. Klasse zu einer Eingangsstufe zusammenfassen, die je nach Entwicklung in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann.

Die Linke: Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht und soll daher kostenlos für alle verfügbar sein. Insgesamt müssen die Kitas sowieso besser ausgestattet werden, mit qualifizierten Erzieherinnen und Integrationskräfte. Auch Sprachförderung muss durchgängig angeboten werden. Erzieherinnen müssen auch mehr Geld bekommen, davon kann doch keiner eine Familie ernähren! Die so genannte Schuleingangsstufe finden wir positiv.

8) Garantiert Ihre Partei die absolute Lehrmittelfreiheit, ohne Kopiergeld, Lektüregeld etc.?

SPD: Die Lehrmittelfreiheit wird entsprechend den gesetzlichen Regelungen umgesetzt.

FDP: Der FDP ist durchaus bewusst, dass trotz der Lehrmittelfreiheit, an der wir Liberale nicht rütteln werden, die finanzielle Belastung der Eltern für zusätzliches Unterrichtsmaterial besteht. Diese finanzielle Belastung muss so gering wie möglich gehalten werden, die eigenverantwortliche Schule mit einem Budget für Sach- und Personalmittel kann dabei sicher helfen.

Grüne: Wir stehen zur Lernmittelfreiheit, denn die soziale Herkunft der Schüler und die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses dürfen sich nicht nachteilig auf ihre Bildungsmöglichkeiten auswirken. In der Praxis fällt allerdings vieles, was im Unterricht benötigt wird, nicht unter die Lernmittelfreiheit. Die Belastung der Eltern ist so weit wie möglich zu vermeiden und die finanzielle Situation von einkommensschwachen oder einkommenslosen Haushalten mit Kindern muss künftig besonders berücksichtigt werden.

Die Linke: DIE LINKE tritt dafür ein, die Lehrmittelfreiheit, so wie sie auch in der Hessischen Landesverfassung festgeschrieben ist, in Gänze umzusetzen.

9) Wie steht Ihre Partei zum Landesabitur sowie zu den zentralen Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen?

CDU: Wir als CDU Hessen stehen zum Landesabitur sowie zu den zentralen Abschlussprüfungen an den Haupt- und Realschulen als Instrumente der Qualitätsverbesserung. Denn gerade aufgrund dieser Instrumente sind die Leistungen erheblich gestiegen und wurde die Leistungsstreuung verringert. Gerade zentrale Prüfungen sind die Voraussetzung für die Ausweitung des pädagogischen Spiel- und Gestaltungsraumes der einzelnen Schulen.

SPD: Die zentralen Prüfungen müssen evaluiert werden. Insbesondere das Landesabitur schränkt eine Schwerpunktbildung ein und sollte grundlegend überdacht werden.

FDP: Landeseinheitliche Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen erhöhen die Vergleichbarkeit der Schülerleistungen sowie die Qualität der Abschlüsse. Die zentralen Haupt- und Realschulabschlussprüfungen sowie das Landesabitur haben sich bewährt, denn sie tragen zu mehr Qualität der Bildungsabschlüsse bei. Die FDP wird sie beibehalten.

Grüne: Die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen belegen die versprochene Verbesserung der Leistungen bislang nicht hinreichend. Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass sich die zentralen Abschlussprüfungen und das Zentralabitur insgesamt nicht positiv auf Qualität und inhaltliche Tiefe des Unterrichts auswirken. Wir werden zur Mitte der Legislaturperiode die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen sowie des Landesabiturs auswerten und sie je nach Resultat weiterentwickeln.

Die Linke: Die zentralen Abschlussprüfungen sind nicht weiteres als ein Leistungsinstrument zur Erhöhung der Länderwerte in „Rankings“. SchülerInnen müssen stupid

auswendig lernen. DIE LINKE sieht darin weder einen pädagogisch noch menschlich sinnvollen Aspekt.

10) Wird Ihre Partei etwas an den Klassengrößen und der so genannten „Sternchenregelung“ ändern?

SPD: Die SPD will die Sternchenregelung mittelfristig abschaffen und die Bildung kleinerer Klassen ermöglichen. Im ersten Schritt werden die Grundschulen und die Schulen der gemeinsamen Mittelstufe höchstens 25 Kinder haben. Auch in den anderen Schulformen soll die Klassenstärke reduziert werden.

FDP: Die FDP will allen Schulen eine 105 %ige Lehrerversorgung in Form eines Budgets zukommen lassen, mit dem die Schulen sowohl mehr Lehrkräfte als auch zusätzliches Personal einstellen können. Einhergehen mit der 105 %igen Lehrerversorgung soll eine flexiblere Lehrerzuweisung, die sich nicht mehr an der Zahl der zu bildenden Klassen, sondern an der Schülerzahl, der Schulform und einem Sozialindex ausrichtet, sodass jede Schule selbst über die Klassengröße entscheiden kann und entsprechend kleinere Klassen bilden kann.

Grüne: Die Ausnahme, dass die Höchstzahl einer Klasse um bis zu drei Schüler überschritten werden darf, ist unter CDU-Regie zur Norm geworden. Differenzierende Unterrichtsformen und individuelle Förderung sind so kaum möglich. Wir wollen die so genannte „Sternchenregelung“ schrittweise abschaffen. Unser Konzept für eine Neue Schule sieht zudem eine Klassenhöchstgrenze von 25 Schülerinnen und Schülern vor. Zurückgehende Schülerzahlen werden wir nicht für Einsparungen, sondern an allen Schulen u.a. für kleinere Klassen nutzen.

Die Linke: Die Forderung nach kleinen Klassen und Kita-Gruppen war eine der wichtigsten Forderungen, die die Linke für den Schul- und Vorschulbereich in den Landtag eingebracht hat. Beantragt haben wir Klassengrößen bis maximal 25 SchülerInnen und Kita-Gruppengrößen bis zu maximal 20 Kindern. Die Sternchenregelung wollen wir streichen.

11) Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung von Ziffernoten und zum Übergang zu individuellen schriftlichen Bewertungen?

CDU: Wir stehen sowohl zu Ziffernoten wie zu individuellen schriftlichen Bewertungen, die heute bereits parallel zu den Ziffernoten möglich sind.

SPD: Die SPD steht diesen Ansätzen positiv gegenüber und will allen Schulen ermöglichen, auf Ziffernoten zu verzichten.

FDP: Die FDP hält aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit an der Ziffernbenotung fest. Für die Grundschulen und die Sekundarstufe I fordern wir jedoch ein Bewertungssystem in der Notengebung, das die Leistungen jedes einzelnen Schülers differenzierter und damit gerechter abbildet.

Grüne: Zensuren sind im Gegensatz zu differenzierten Lernentwicklungsberichten schlechter geeignet, den individuellen Lernfortschritt der jeweiligen Schülerin oder des jeweiligen Schülers abzubilden. Wir wollen Zensuren den Schulgemeinden die Entscheidung überlassen, ob sie die Ziffernoten bis zum Ende der Klasse 7 durch schriftliche Bewertungen ergänzen oder ersetzen wollen oder nicht.

Die Linke: Ziffernoten sind das bequemere System für die Bewertung von SchülerInnen. Die individuelle Bewertung ist aufwändiger und verlangt von Pädagogen einen erhöhten Zeiteinsatz. Beide Systeme laufen jedoch Gefahr durch LehrerInnen subjektiv verwendet zu werden. Die Abschaffung von Ziffernoten sieht DIE LINKE jedoch als ersten Schritt zur Überwindung des Leistungsgedankens und Konkurrenzverhaltens in der Schule an. Die schriftliche Bewertung ist individueller und kann, wenn hier die so genannten Schlüsselqualifikationen raus genommen werden zu einer konstruktiven Rückmeldung an die SchülerInnen führen. Allerdings nur wenn ausreichend Pädagogen, mit ausreichend Zeitpensum, diese gewissenhaft anfertigen.

12) Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung des „Sitzenbleibens“? Wie steht sie zur bereits abgeschafften Querversetzung?

SPD: Die Querversetzung wurde auf Initiative der SPD weitgehend aus dem Schulgesetz gestrichen. Wir wollen auch Sitzenbleiben abschaffen und den Schulen stattdessen Mittel für eine individuelle Förderung zur Verfügung stellen.

FDP: Die FDP hält an den pädagogischen Maßnahmen „Sitzenbleiben“ und „Querversetzung“ fest. Unser Ziel ist es jedoch, durch intensive individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers diese Maßnahmen langfristig überflüssig werden zu lassen.

Grüne: In unserem Konzept für eine „Neue Schule“ nach finnischem Vorbild (vgl. Frage 1) gibt es weder Sitzenbleiben noch Querversetzung. Die Veränderung der bisherigen Querversetzung wurde auf unseren Antrag und mit unseren Stimmen beschlossen.

Die Linke: Unserer Meinung nach darf es keine Querversetzungen und auch kein Sitzenbleiben mehr geben. Jede Schülerin muss die Möglichkeit haben, nach ihren Energien und Interessen einen qualifizierten Schulabschluss ohne Degradierung durch Querversetzung und Sitzenbleiben zu erhalten.

13) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Einführung von gebundenen, also echten Ganztagschulen?

CDU: Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits und die nötige Wahlfreiheit der Eltern andererseits sind für die CDU Hessen keine Gegensätze. Wir streben daher eine freiwillige Betreuungsmöglichkeit an allen Schulen bis 2015 an und werden auf

freiwilliger Basis gebundene und offene Ganztagschulen in erreichbarer Nähe ausbauen.

SPD: Die SPD hält gebundene Ganztagschulen für notwendig, um die Rhythmisierung des Unterrichts und mehr Zeit zum Lernen zu realisieren. Wir wollen ein Ganztagschulprogramm des Landes anbieten, das den Schulen ermöglicht, sich zu gebundenen Ganztagschulen zu entwickeln.

FDP: Die FDP wird sich für einen konsequenten Ausbau von Ganztagsangeboten und –schulen einsetzen und entsprechend Mittel bereitstellen. Über die Form des Ganztagsbetriebs sollen die Schulen in Abstimmung mit der Schulgemeinde selbst entscheiden können.

Grüne: Ganztägige Angebote eröffnen pädagogische Freiräume, um auf Stärken und Schwächen jedes Einzelnen besser eingehen zu können. In ihnen können kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden. Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot ausweiten. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen und ihnen dabei keine engen Vorgaben machen. Die Schulen entscheiden, wie sie ihr pädagogisches Konzept gestalten und ob sie Ganztagschule in gebundener oder offener Form bzw. in einer Kombination werden wollen.

Die Linke: Dies ist eine unserer bildungspolitischen Kernforderungen. Die Gestaltung des Lern- und Lebensraums Schule erfordert ein Angebot, welches über eine »Verwahranstalt am Nachmittag« oder eine schlichte Über-Mittag-Betreuung hinausgeht. Notwendig ist eine Rhythmisierung des ganztägigen Schultages mit Unterrichtsphasen, Entspannung und Spiel, Übungsphasen und kulturellen, kreativen und experimentellen Lernerfahrungen im Klassenverband. Die Hausaufgaben werden zu echten Schulaufgaben, da sie in der Schule mit pädagogischer Hilfestellung angefertigt werden und kein Kind mehr auf teure Nachhilfeangebote angewiesen ist. Wenn die Kinder aus der Schule kommen, haben sie »frei«.

14) Wie steht ihre Partei gegenüber der sog. „Pädagogischen Mittagsbetreuung“?

Ist sie in ihren Augen ein gleichwertiger Ersatz für Ganztagschulen?

CDU: Die „Pädagogische Mittagsbetreuung“ (PMB) verstehen wir als ein Ganztagsangebot, insofern verstehen wir als CDU Hessen die PMB nicht als Ersatz, sondern vielmehr als einen Schritt hin zu einer Ganztagschule, in der Schule nicht nur Lernraum sondern Lebensraum wird.

SPD: Nein, pädagogische Mittagsbetreuung ist kein Ersatz für eine vollwertige Ganztagschule. Sie wurde eingeführt, um mit möglichst geringen Landesmitteln möglichst viele so genannte Ganztagschulen einzurichten. Die Schulen haben oft mit zusätzlichem Engagement ein vielseitiges Angebot geschaffen. Für eine Ganztagschule bedarf es zusätzlicher Ressourcen und anderer Organisationsstrukturen.

FDP: Sie ist als Einstieg in den Ganztagsbetrieb eine sinnvolle Maßnahme für eine Schule und sollte nach entsprechender Entscheidung durch die Schule ausgebaut werden können.

Grüne: Viele Schulen und Eltern wollen mehr als eine pädagogische Mittagsbetreuung. Sie wollen einen rhythmisierten Tagesablauf, in dem neue Bildungskonzepte und fächerübergreifende Fördermaßnahmen verwirklicht werden können; einen Schulalltag, in dem Unterricht, Erziehung und individuelle Förderung besser miteinander kombinieren werden können. Die CDU-Landesregierung hat trotz Nachfrage nach anderen ganztätigen Angeboten leider nur die pädagogische Mittagsbetreuung gefördert und so die Schulentwicklung behindert.

Die Linke: Die LINKE setzt sich für wirkliche Ganztagschulen ein. Die Mittagsbetreuung ist hierfür kein Ersatz.

15) Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung der Möglichkeit, dass die Schulträger nach dem HeSchG die Schülerbeförderungskosten ab der 1. Klasse auf die Eltern umlegen können? Wie sehen sie die Rolle der Eltern bei der Beteiligung an Schulbeförderungskosten?

CDU: Diese Möglichkeit wurde bereits abgeschafft. Wir respektieren die Entscheidung des Hessischen Landtags und halten an der Abschaffung fest.

SPD: Die Möglichkeit zur Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten wurde auf Antrag der SPD aus dem Schulgesetz gestrichen.

FDP: Die FDP sieht derzeit keine Notwendigkeit, die im Hessischen Schulgesetz festgeschriebene Regelung zu ändern.

Grüne: Die CDU-Landesregierung hat viele Schulzweige geschlossen. Das führte zu längeren Schulwegen und bei den Schulträgern zu höheren Kosten für die Schülerbeförderung. Mit der CDU-Entscheidung, dass Eltern stärker an den Schülerbeförderungskosten beteiligt werden können, sollten diese die Zeche für die bildungspolitischen Fehlentscheidungen mitbezahlen. Das ist inakzeptabel und wurde mit unserer Unterstützung ebenso wieder rückgängig gemacht wie die bürokratischen Richtwerte, die zu Schulschließungen geführt hatten.

Die Linke: Die Kosten der Schülerbeförderung auf die Familien der Schülerinnen und Schüler umzulegen, ist aus Sicht der LINKEN unzulässig und kommt für den Teil der Schüler, die davon betroffen sind, einem verkappten Schulgeld gleich. Wir treten dafür ein, die Schülerbeförderung kostenlos für die Schülerinnen und Schüler zu gestalten.

16) Wie steht ihre Partei zu einer kostenlosen Beförderung von OberstufenschülerInnen?

CDU: Gegenwärtig gibt es hierzu keine Aktivitäten.

SPD: Über die Notwendigkeit einer Ausweitung der Beförderungsregelung muss mit den Schulträgern gesprochen werden. Prinzipiell hält die SPD diese Ausweitung nicht für notwendig.

FDP: Die FDP sieht derzeit keinen Änderungsbedarf der Regelung zur Schülerbeförderung gemäß des Hessischen Schulgesetzes.

Grüne: Der Besuch einer Oberstufe darf nicht an den Kosten für die Schülerbeförderung scheitern. Hier muss zwischen den Verantwortlichen in Bund und Land eine Lösung gefunden werden.

Die Linke: Da Bildung für DIE LINKE ein Menschenrecht darstellt, muss sie für alle gleichermaßen zur Verfügung stehen. Müssen von einzelnen erst hohe Beförderungskosten selbst getragen werden, damit sie die Oberstufe besuchen können, widerspricht dies unserem Grundverständnis.

17) In welchem Zeitraum und in welchem Umfang möchte Ihre Partei den Bildungsetat im hessischen Landeshaushalt erhöhen?

CDU: Wir haben seit 1999 4.300 zusätzliche Stellen und 2.400 neue Referendarstellen geschaffen und den Bildungsetat um 730 Millionen E gesteigert. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode den Bildungsetat weiter deutlich steigern und mindestens 2.500 zusätzliche Stellen schaffen. Die Ressourcen, die durch demographisch bedingt zurückgehende Schülerzahlen entstehen, werden dem Bildungsbereich vollständig erhalten bleiben.

SPD: Die SPD will für die ersten Umsetzungen des ‚Hauses der Bildung‘ in der nächsten Legislaturperiode 250 Millionen Euro zusätzlich investieren.

FDP: Es ist das Bestreben der FDP, den Bildungsbereich bedarfsgerecht auszustatten. In einem ersten Schritt setzen wir uns für eine 105 %ige Lehrerversorgung, für den Ausbau von Ganztagschulen und –angeboten sowie für ein verpflichtendes Vorschuljahr ein. Das bedeutet für 2009/2010 eine Erhöhung des Etats des Kultusministeriums um 150 Mio. €.

Grüne: Nicht alle Probleme lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Wir wollen die Ausgaben für Bildung spürbar erhöhen, Haushaltsmittel aus anderen Bereichen umschichten und der Bildung Priorität einräumen. Sinkende Schülerzahlen werden wir nicht für Einsparungen nutzen, sondern in die Qualität unseres Schulsystems investieren. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wollen wir die Landesausgaben für die Schulen zunächst um 300 Millionen Euro erhöhen. Weiter Schritte müssen danach folgen.

Die Linke: Die derzeitige Situation in der hessischen Bildungslandschaft erfordert ein schnelles und effektives Handeln. Die personelle wie auch materielle Ausstattung von Schulen, Berufsschulen und Universitäten muss aufgestockt werden.

18) Wie steht Ihre Partei zur Forderung, ein Recht auf eine berufliche Erstausbildung im Grundgesetz zu verankern? Ist Ihre Partei bereit eine Initiative im Bundesrat für einen einklagbaren Rechtsanspruch auf eine berufliche Erstausbildung im Bundesrat einzubringen?

CDU: Wir glauben, dass es geeignetere Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung gibt als eine formelle Grundgesetzänderung.

SPD: Ja.

FDP: Die FDP hält es in erster Linie für erforderlich, die Ausbildungsreife der hessischen Jugendlichen zu verbessern und durch eine intensive praxisorientierte schulische Ausbildung, die in enger Kooperation mit Betrieben stattfinden soll, Jugendliche besser als bisher auf die berufliche Ausbildung vorzubereiten und damit ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen.

Grüne: Wir teilen das Anliegen, dass allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung offen stehen muss. Ein Recht allein schafft allerdings noch keine Verbesserung der Situation und sichert auch nicht die Qualität der Ausbildung. Wir wollen, dass Warteschleifen beendet, Zwischenmaßnahmen auf die Ausbildung anrechenbar gemacht, Jugendliche mit Problemen besser gefördert und zusätzliche Ausbildungsplätze mit hohen Praxisanteilen eingerichtet werden. Staat und Unternehmen müssen gemeinsam sicherstellen, dass alle Jugendlichen Zugang zu einer adäquaten Ausbildung haben.

Die Linke: DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf berufliche Ausbildung. Wir werden darauf zielende Initiativen stets politisch unterstützen - parlamentarisch wie außerparlamentarisch.

19) Wird Ihre Partei die Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen auf Schul-, Stadt- bzw. Kreis- und Landesebene ausweiten? Wird Ihre Partei für eine Erhöhung der Landesmittel für die Landesschülervertretung (momentan 79.500 € jährlich) eintreten?

CDU: Wir sind bereit, in Diskussionen über die Ausweitung der Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten der Schülervertretungen auf Schul-, Stadt- bzw. Kreis- und Landesebene einzutreten.

Zur Erhöhung des Etats der Landesschülervertretung kommt es darauf an, wie diese Forderung im Verhältnis zu anderen schulpolitischen Mittelanforderungen steht.

SPD: Die SPD will die Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der SV mit den Schülervertretungen diskutieren und ausweiten. Über eine Ausweitung der Landesmittel wurde noch keine Entscheidung getroffen.

FDP: Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass zukünftig im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule, die mit einer neuen Schulverfassung einhergehen wird, die Rechte der Schülervertretungen angemessen berücksichtigt werden. Eine Erhöhung der Landesmittel für die Landesschülervertretung werden wir prüfen.

Grüne: Schulen, die eigenverantwortlicher arbeiten, benötigen im Gegenzug eine Stärkung der innerschulischen Demokratie und Mitbestimmung der Schüler. Es muss zu einem fairen und respektvollen Umgang mit den Schülervertretungen zurückgekehrt werden. Dass die Kultusministerin die LSV beispielsweise nicht in die Arbeitsgruppe zur Veränderung des G8 eingeladen hat, ist ignorant. Vor dem Hintergrund des Aufgabenprofils ist zu prüfen, ob die Landesmittel für die Landesschülervertretung einer Anpassung bedürfen.

Die Linke: DIE LINKE hat sich bereits mehrfach für die Ausweitung der Rechte von Schülerräten auf kommunaler Ebene eingesetzt. Hier gehören vor allem die Erweiterung der Rechte der StadtschülerInnenräte bzgl. des allgemeinpolitischen Mandats und der Antrags- und Rederechte in den kommunalen Parlamenten. DIE LINKE

spricht sich generell für die Erhöhung der Beteiligung von BürgerInnen am politischen Geschehen aus. Schülervvertretungen aller Ebenen gehören selbstverständlich auch dazu. Eine Erhöhung der Etats für alle Schülervvertretungen unterstützt die demokratische Teilhabe und die inhaltliche Arbeit dieser und ist daher äußerst wünschenswert für DIE LINKE.